

Wahlprüfsteine des Netzwerks Leben im Alter in der EKHN

1. Wohnen

Die Zahl der Einpersonenhaushalte in Hessen nimmt stetig zu, Altenhaushalte sind hier überproportional vertreten. Nicht nur für alte Menschen wird altersgerechter Wohnraum fast unerschwinglich. Neue gemeinschaftsbezogene Wohnformen und Wohnangebote, andere moderne Formen von Verantwortungsgemeinschaften spielen bisher eine eher geringe Rolle.

Mit welchen Maßnahmen will Ihre Partei der Wohnungsnot auch alter und einkommensschwacher Menschen künftig begegnen?

Wie wollen Sie und Ihre Partei neue Wohn- und Solidaritätsformen zwischen und innerhalb der verschiedenen Generationen künftig befördern?

Wie könnte nach Ihrer Meinung die Selbst- und Mitverantwortung politisch unterstützt werden?

DIE LINKE fordert den Bau von mindestens 10.000 neuen Sozialwohnungen jährlich – schwerpunktmäßig in den Ballungsräumen und Universitätsstädten. Dabei muss ein wesentliches Augenmerk auf der Schaffung barrierefreier und altersgerechter Wohnungen liegen. Zusätzlich soll es 2.000 Studierendenwohnungen jährlich geben, damit der Wohnungsmarkt entlastet wird. Miete und Nebenkosten sollen nicht mehr als 30 Prozent des Einkommens betragen.

Da wir gerade im Rhein-Main-Gebiet ein großes Problem mit dem Flächenverbrauch haben, geht es auch um eine bessere Nutzung des vorhandenen Grund und Bodens. Verdichtungen mit Beteiligung von Anwohner*innen ist genauso eine Möglichkeit wie solidarische Wohnformen, Wohnen für Hilfe oder Unterstützung bei dem Wechsel in eine barrierefreie und geeignete Wohnung. Dafür brauchen wir kommunale

Wohnungsbaugesellschaften, die nach unserer Ansicht wieder gemeinnützig sein sollen, und die dafür sorgen, dass die Wohnungen bezahlbar bleiben und solidarische Hausgemeinschaften entstehen.

Hessen verfügt über mehr als 63 000 Pflegeheimplätze, gehört jedoch gleichzeitig zu den Ländern mit der geringsten Zahl an ambulant betreuten Wohngemeinschaften.

Wie bewerten Sie das gegenwärtige Versorgungsangebot der 24-h-Pflege?

Was beabsichtigt Ihre Partei dazu beizutragen, dass die Wahlfreiheit Pflegebedürftiger im Hinblick auf ambulante Wohnformen gestärkt wird?

Es ist sehr schwierig, einen Platz in einer ambulant betreuten Wohngemeinschaft zu finden. Gerade für Menschen, die an Demenz erkrankt sind, kann dies eine geeignete Wohnform sein. Leider wurde das hessische Gesetz über Betreuungs- und Pflegeleistungen nicht entsprechend geändert, obwohl dies von der LINKEN und vielen anderen verlangt wurde. Es ist dringend notwendig, dass das Land die Voraussetzungen für trägerorientierte Wohngemeinschaften schafft und diese fördert. Ambulant vor stationär muss auch in Hessen gelten. In Rheinland-Pfalz gibt es hier beispielsweise schon lange gute Erfahrungen.

2. Alternde Bevölkerung ländlicher Regionen

Infrastrukturelle Defizite, Wanderungsbewegungen und die wirtschaftliche Entwicklung führen zum Schrumpfen der Landbevölkerung, auch in Hessen. In der Folge ergeben sich für alte Menschen auf dem Land, die an ihrem gewohnten Zuhause festhalten, neben immobilienbedingten Problemlagen (Sanierungsstau, Werteverlust) zusätzliche Versorgungsrisiken.

Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um für die alternde Bevölkerung ländlicher Regionen annähernd gleichwertige Lebensbedingungen im Hinblick auf eine altersgerechte Infrastruktur (Mobilität, Gesundheits- und Nahversorgung) zu gewährleisten, wie dies für städtisch geprägte Regionen Standard ist?

Wie wollen Sie und Ihre Partei technische Unterstützungslösungen fördern?

Hessen braucht eine Strukturpolitik, die dafür sorgt, dass Arbeitsplätze und Infrastruktur im ganzen Land vorhanden sind. Leider legten die letzten Landesregierungen hierauf wenig Wert. Behörden und Dienststellen müssen auf dem Land geschaffen und erhalten werden. Betriebe, die sich in ländlichen Gebieten ansiedeln wollen, brauchen Unterstützung. Wir brauchen aber auch eine flächendeckende und bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung. Eine neue Landesregierung muss endlich ihrer Aufgabe nachkommen, die Investitionen der Krankenhäuser vollständig zu finanzieren und kleine, kommunale Kliniken auf dem Land zu erhalten. Es ist notwendig, mehr Studienplätze für Allgemeinmediziner*innen zu schaffen, die sich für eine Landarztpraxis entscheiden. Weiterhin muss sich eine neue Landesregierung gemeinsam mit der kassenärztlichen Vereinigung um eine flächendeckende Versorgung mit Allgemein- und Facharztpraxen kümmern. Medizinische Versorgungszentren sind eine Möglichkeit, hier brauchen Kommunen Unterstützung vom Land.

Der öffentliche Nahverkehr muss massiv ausgebaut und kostengünstig angeboten werden. Dieser braucht eine neue finanzielle Basis, denn die Kommunen sind finanziell überfordert. Steuern sollten dafür genutzt und Umlagen von den Nutznießer*innen erhoben werden. Der Ausbau der Breitbandversorgung ist für viele infrastrukturelle Vorhaben unabdingbar. Hier muss das Land einschreiten, da die Telekommunikationsunternehmen nicht in der Lage sind, diese in der notwendigen Bandbreite flächendeckend anzubieten. Damit können auch im medizinischen Bereich einige Leistungen unterstützt werden, allerdings sehen wir hier nur ein eingeschränktes Potenzial, da es vielen Ärzt*innen nicht möglich sein wird, die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

In kleineren Orten oder Ortsteilen ist die Infrastruktur mit Banken, Geschäften und Behörden oft nicht mehr gegeben. Dies ist eine wesentliche (Koordinierungs)Aufgabe der Kommunen, die für diese Herausforderungen aber wesentlich besser vom Land ausgestattet werden müssen.

3. Prävention und Gesundheitsförderung

Bis ins hohe Alter weitgehend gesund zu bleiben, ist der Wunsch vieler Menschen. Gezielte Gesundheitsförderung, das zeigen Studien, führen bereits kurzfristig sogar noch im hohen Alter zu Verbesserungen des gesundheitlichen Status. Die Möglichkeiten des neuen

Präventionsgesetzes, das erstmals auch Prävention im Alter konzeptionell vorsieht, sind in der hessischen Altenpolitik noch nicht angekommen, obgleich hier ein Hebel entstanden ist, mit dem Pflegebedürftigkeit vermieden bzw. hinausgezögert werden kann.

Wie stehen Sie und Ihre Partei zur Entwicklung eines Landesnetzwerks „Prävention im Alter“?

Wie bewerten Sie und Ihre Partei die gezielte Förderung und Einbeziehung vorhandener Akteure der Altenarbeit, um entsprechende Präventionskonzepte wohnortbezogen und niedrighschwellig zu entwickeln und zu verankern?

Wenn ein Landesnetzwerk tatsächlich einen Fortschritt darstellt, werden wir dies gerne unterstützen. Unter der derzeitigen Landesregierung haben wir aber nur Runde Tische, Gipfel und Netzwerke kennengelernt, die dem Regierungslob dienen. Präventionsangebote müssen unbedingt die Menschen erreichen, die sie nicht von sich aus suchen. Sie müssen gemeinwesenorientiert angelegt werden. Gerade ältere Menschen brauchen vor Ort Ansprechpartner*innen, von denen sie Beratung und Unterstützung bekommen können. Jede Gemeinde braucht gemeinsam mit den Akteuren vor Ort die Möglichkeit, eine Infrastruktur aufzubauen. Die Unterstützung von Vereinen und Selbsthilfeeinrichtungen kann darüber geschehen. Wichtig sind Treffpunkte für Senior*innen, um der Einsamkeit entgegenzuwirken. Auch in Altenwohn- und -pflegeeinrichtungen sind mehr Angebote erforderlich.

Hessen ist – noch – das Bundesland mit der höchsten Quote an ausschließlich familiär versorgten pflegebedürftigen Menschen im Bundesgebiet. Die nachhaltige Gesundheitsförderung der pflegeverantwortlichen Familienmitglieder gilt als Privatsache und ist politisch bisher ein Randthema.

Welche Vorstellungen hat Ihre Partei, um diese private Pflegebereitschaft angesichts des aktuellen Pflegenotstandes in der professionellen Pflege zu erhalten und zu stabilisieren?

Welche Antwort hat Ihre Partei auf den erklärten Bedarf der Haushalte nach zugehender psychosozialer Beratung als Baustein der Prävention und Entlastung?

Der Pflegenotstand ist ein großes Problem. Hier müssen dringend die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte verbessert werden, sonst werden immer weniger Fachkräfte bereit sein, in diesem Beruf zu arbeiten. Die Pflege im privaten Bereich benötigt Entlastung durch gut arbeitende Pflegedienste, Angebote für dementiell Erkrankte, durch Tagespflege und andere pflegeergänzende Angebote. Wir sehen mit Schrecken, wie viele häusliche Pflegepersonen überfordert und ausgelaugt sind. Hier ist Beratung und Unterstützung dringend erforderlich. Die Pflegestützpunkte können dies nur zum Teil leisten. Es ist vielmehr notwendig, den Pflegepersonen stunden- oder tageweise Entlastung anzubieten, sie zu ermutigen sie anzunehmen und sie bei der Pflege gerade von Angehörigen mit Demenzerkrankungen psychosozial zu unterstützen. Neben einer guten Beratung und entsprechenden Angeboten vor Ort sind aber hier auch die Pflegekassen in der Verantwortung.

4. Armut im Alter

Armut trotz Altersrente ist kein drohendes Problem am Horizont, sondern heute bereits für viele Menschen, insbesondere Frauen im Alter, bittere Realität.

In Hessen waren laut Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbands 2017 knapp 48.000 Menschen im Rentenalter auf eine Grundsicherung angewiesen d. h., die staatliche Rente der Betroffenen liegt unterhalb der Armutsgrenze von 942 Euro. Und der Trend zeigt eine deutliche Zunahme. In Mittelhessen stieg die Zahl von 14,1 Prozent im Jahr 2010 auf 17,1 Prozent im Jahr 2015, im Rhein-Main-Gebiet im selben Zeitraum um fast ein Drittel von 10,5 auf 13,1 Prozent.

Mit welchen Vorschlägen wird sich Ihre Partei in Hessen und im Bundesrat gegen Armut im Alter, die insbesondere alleinstehende Frauen, Langzeitarbeitslose und niedrigqualifizierte Menschen trifft, einsetzen?

DIE LINKE hat 2017 einen Antrag zur Bekämpfung der Altersarmut besonders von Frauen gestellt. Eine neue Landesregierung muss in ihrem Einflussbereich für eine bessere Bezahlung von Mitarbeiter*innen gerade in der Erziehung, im Sozial- und Gesundheitswesen sorgen. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit und der bessere Ausgleich von Kindererziehungszeiten würde die Rentenlücke

zwischen Frauen und Männern verringern. Allerdings sinken ja inzwischen auch die Renten von Männern. Hier ist ein grundlegendes Umsteuern erforderlich.

Im Bundesrat muss sich eine neue Landesregierung für ein Rentenniveau von 53 Prozent des vorherigen Lohns einsetzen. Darüber hinaus brauchen wir eine solidarische Mindestrente, bei der niemand von weniger als 1.050 Euro leben muss. Nicht die privaten Versicherungen, sondern die solidarische Rentenversicherung muss von Seiten des Staats unterstützt und von versicherungsfremden Leistungen befreit werden. Beispielsweise sollten die Beitragssatzobergrenzen aufgehoben und alle in die Rentenversicherung einzahlen müssen. Während des Bezugs von Grundsicherungsleistungen nach dem Sozialgesetzbuch II müssen von den Jobcentern wieder Beiträge in die Rentenversicherung einbezahlt werden. Die Leistungen der Erwerbsminderungsrenten müssen deutlich erhöht werden.

Wir freuen uns darüber, dass Frauenorganisationen und Verbände deutliche Worte gegen Altersarmut finden und sich öffentlich engagieren. Wir unterstützen das Frauenbündnis gegen Altersarmut Südhessen. Unter dem Motto ‚Mit uns ist zu rechnen‘ macht das Bündnis ordentlich Druck für eine bessere Absicherung von Frauen.